

Notizbuch

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **78 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

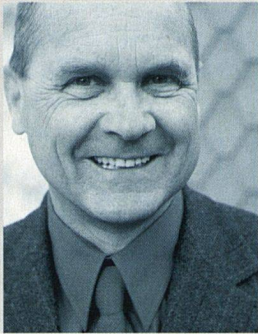
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Der Leidensweg des WFG: ein persönlicher Kommentar

Zum Schluss der Frühjahrsession haben die eidgenössischen Räte das neue Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum, das WFG, verabschiedet. Nachdem das Gesetz noch im September vom Ständerat ohne grössere Opposition verabschiedet worden war, wurde das Geschäft nur noch schleppend behandelt. Zuletzt musste man sich sogar Sorgen machen, ob die Wohnbauförderung nicht dem Spar-Trend zum Opfer fallen würde. Nur dank dem selbstlosen Einsatz massgeblicher Politiker wie Ständerat Theo Maissen gelang es schliesslich, einen reduzierten Rahmenkredit über die Runden zu retten. Trotzdem dürfen die gemeinnützigen Wohnbauträger und ihre Organisationen zufrieden sein. Es besteht nun auch für die Zukunft eine Basis für die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Wohnungswesen. Diese ermöglicht es den Baugenossenschaften, bei ihren Neubauten und Renovationen die Mieterinnen und Mieter mit zu berücksichtigen, die nur über sehr bescheidene Mittel verfügen. Ich persönlich meine: Diese Möglichkeit soll für uns auch eine Verpflichtung bilden (siehe auch Beitrag Seite 36).

VON FRITZ NIGG ■ Mit 100 Ja gegen 73 Nein zum Kreditrahmen des neuen Bundesgesetzes WFG wurde am 13. März im Nationalrat die Zustimmung knapp verpasst. Damit der Beschluss verbindlich gewesen wäre, hätte er nämlich wegen der Schuldenbremse 101 Ja-Stimmen erhalten müssen, eine mehr als die Hälfte aller Ratsmitglieder. Der höchst bedauerliche Entscheid hatte zur Folge, dass die Vorlage nochmals von beiden Räten behandelt werden musste und dass der Rahmenkredit für Darlehen und Beteiligungen von 496 auf 300 Millionen Franken gekürzt wurde.

Nach der Abstimmung vom 13. März fragte man sich, ob das allzu knappe Resultat nur einen Betriebsunfall bedeute oder aber eine Trendwende, weg von der direkten Bundeshilfe für preisgünstigen Wohnungsbau und Wohneigentum. Hier ein paar Statements, die ich mir in der Wandelhalle des Parlaments notierte: Mieterverbands-Präsident Ruedi Strahm, der sich mit seiner ganzen Überzeugungskraft für die Vorlage eingesetzt hatte, betonte die Zufälligkeit des Resultates. Allerdings bedeute es auch den Tatbeweis dafür, wo die Wohnbauförderung noch auf Unterstützung zählen könne, nämlich fast ausschliesslich bei SP, CVP, Grünen und EVP. Die SVP habe sich völlig dagegen gewendet, und der Freisinn fahre ihr jetzt hinterher. Strahm wünschte sich, dass die Leute in den Alterswohnungen, bei denen sich die SVP so




gerne anbieten, zur Kenntnis nehmen, wie sehr sie diese Partei im Stich lasse. Ruedi Aeschbacher, Präsident des SVW und zusammen mit seinem EVP-Parteikollegen Walter Donzé im Nationalrat ein engagierter Befürworter des WFG, beurteilte die These, es habe sich um einen Betriebsunfall gehandelt, mit Skepsis. Er befürchtet, der Entscheid in den Räten werde sich zunehmend nach der finanziellen Seite hin zuspitzen, sodass es nur noch ums Sparen gehen werde und nicht mehr um den Wohnungsbau. Das wäre gemäss Walter Donzé um so fataler, als es sich

Während der WFG-Debatte bespricht sich Nationalrat Rudolf Strahm (rechts) mit Cipriano Alvarez und Peter Gurtner vom BWO.

rechnet der einzige Appenzeller Nationalrat und damit Nachfolger von Rolf Engler, jenem aktiven Genossenschafter, der die massgeblich mit Bundeshilfe geschaffene Emissionszentrale EGW für gemeinnützige Wohnbauträger präsidiert.

Überhaupt verzeichnete die EGW einen schwarzen Tag, weil die dort gut vertretenen christlich-sozialen Gewerkschaften hinnehmen mussten, dass der Präsident von Travail Suisse die entscheidende Abstimmung in der Wandelhalle verpasste. Dies ganz im Gegensatz zu allen anderen Mitgliedern seiner grünen Fraktion, die ausnahmslos das WFG unterstützten. Die liberalen Baugenossenschaften, durch ihren Verband VLB in der Delegiertenversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei offiziell vertreten, haben in deren Nationalratsfraktion offenbar den Rückhalt verloren. Aus dieser gab es zwar neben rund 40 ablehnenden Stimmen auch sechs Ja. Jedoch stammten drei davon aus der Waadt, wo es faktisch keine liberalen Baugenossenschaften mehr gibt, und zwei von den loyal gebliebenen Hauseigentümer-Vertretern Hans Rudolf Gysin und Rolf Hegetschweiler. Sogar VLB-Vorstandsmitglied Bruno Zuppiger stimmte gegen das WFG. Er gehört allerdings der SVP an. Diese stimmte mit zwei Ausnahmen konsequent gegen die Wohnbau- und

Eigentumsförderung. Sogar die führenden Bauunternehmer der SVP und der FDP, wie Duri Bezzola und Werner Messmer, stimmten gegen das WFG, ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Interessen – und denen der Arbeitnehmer. Selbst Baumeister Robert Keller aus dem Zürcher Oberland, der unlängst eine grosse, vom Bund subventionierte Wohnüberbauung realisieren durfte, schien dieses Detail vergessen zu haben und stimmte Nein.

Damit komme ich, nach einer Reihe mehr oder weniger versteckter Vorwürfe an andere, zu uns selbst, zu den Baugenossenschaften und ihrem Verband. Hätte nicht ich, hätten nicht die Präsidenten anderer Baugenossenschaften diese Woche dem einen oder anderen für uns tätigen politisch engagierten Unternehmer ein E-Mail senden sollen? Hätten wir sie daran erinnert, wie wichtige Kunden der Bauwirtschaft die Baugenossenschaften sind, dann wären sie vielleicht nicht so leicht über unsere Interessen hinweggegangen. Die letzten Jahre haben uns gelehrt, die sozialen und architektonischen Leistungen der Baugenossenschaften besser publik zu machen. Der nächste Schritt muss sein, dass wir unsere Bedeutung als Auftraggeber der Bauwirtschaft mehr hervorkehren, damit deren Vertreter unsere Anliegen in Zukunft nicht mehr links liegen lassen. 

beim WFG eben nicht um ein Giesskannen-Subventionsgesetz handle. Vielmehr unterstütze der Bund damit gezielt private Initiativen zum Bau und zur Substanzerhaltung preisgünstiger Wohnungen. Diese Initiativen zu fördern, sei eine gute Investition.

Die SP, die mit Hildegard Fässler eine überaus kompetente Referentin der vorberatenden Kommission gestellt hatte, trat geschlossen und mit starker Präsenz für das WFG an. Umso schmerzlicher war, dass es ausgerechnet drei ihrer Abgeordneten aus Gegenden mit einer starken genossenschaftlichen Wählerschaft waren, die bei der Abstimmung fehlten. Auch die CVP bestätigte ihre traditionell positive Haltung zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus und steuerte 40 Stimmen zur Annahme bei. Die einzige Ausnahme als Neinstimmer machte ausge-

Anzeige



**Bis sie den Yeti entdeckt,
wird noch viel passieren.
Aber heizen wird man
auch dann noch mit Öl.**

HEIZEN MIT ÖL.
ENTSCIEDEN RICHTIG.

Heizen mit Öl hat Zukunft – darauf können Sie sich verlassen. Info-Hotline 01 218 50 16 oder www.heizoel.ch